

Balingen

## B 27-Ortsumfahrungen: Politiker machen sich vor Ort ein Bild

Gert Ungureanu, 31.03.2015 07:52 Uhr



Verkehrsschau an der Hauptkreuzung in Endingen mit den CDU-Bundestagsabgeordneten Michael Donth (rechts) und Thomas Bareiß (Vierter von rechts). Mit dabei: Oberbürgermeister Helmut Reitemann und Vertreter der Bürgerinitiative. Foto: Ungureanu

Balingen/Schömberg - Mal wieder ging es am Montag um die B 27-Ortsumfahrungen Endingen/Erzingen und Schömberg. Die CDU-Bundestagsabgeordneten Thomas Bareiß (Wahlkreis Zollernalb-Sigmaringen) und Michael Donth (Reutlingen) suchten das Gespräch mit den Bürgern.

Die Zeit drängt: Will man im Bundesverkehrswegeplan in den "vordringlichen Bedarf" gelangen und nicht unter "weiterer Bedarf" bis zum Sankt Nimmerleinstag warten, bleibt nicht mehr viel Zeit, das Anliegen deutlich zu machen. Donth, der auch Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur der Bundesregierung ist, hörte sich die Anliegen an, machte aber keine Versprechungen oder Zusagen.

75 Prozent des Weges habe man geschafft, es fehlten 25 bis zur Zielgeraden, sagte Michael Föst, der Vorsitzende der Bürgerinitiative Endingen/Erzingen. Der Ort sei zerschnitten, vom Neubaugebiet zur Schule oder in den Kindergarten müsse man die vielbefahrene Bundesstraße überqueren. Nicht zu vergessen: die "Spangenfunktion" zwischen Stuttgart und der A 81 bei Rottweil.

22.000 Fahrzeuge seien pro Tag gezählt worden, die Belastung durch Lärm und

Abgase liege weit über den Grenzwerten. Schwer zu verstehen, dass die Landesregierung die B 27-Maßnahme auf Platz 27 angemeldet habe: "Das gefällt uns gar nicht", sagte Föst. Ihm sei klar, dass die Ortsumfahrung auch dann nicht zwangsläufig komme, wenn sie als "vordringlicher Bedarf" eingestuft sei. "Aber wenn nicht, ist erst mal 15 Jahre Ruhe." Dazu, dass die Ortsumfahrung unter "weiterer Bedarf" mit Sternchen hervorgehoben sei, meinte er nur: "Mit dem Sternchen kommen wir auch nicht weiter."

Michael Donth machte der Initiative Mut: Die Priorisierung durch das Land sei nicht nach Kriterien erfolgt, die für den Bund gelten, sagte er. Was gelte, sei allein der Nutzen-Kosten-Faktor und die "Achsfunktion" der B 27 als Verbindung Nord-Süd: "Es geht ums Geld." Noch stehe nicht fest, welche Maßnahmen in den "vordringlichen Bedarf" kommen werden. Die Entscheidung verzögere sich wohl bis zum Jahresende, Anfang 2016 werde sich der Bundestag damit befassen und danach die Liste veröffentlichen. "Sie haben gute Argumente."

14,4 Milliarden Euro werde es für Maßnahmen im Straßenbau, Wasserwege und Schienen geben, davon allerdings 70 Prozent für Erhaltungs- und Reparaturmaßnahmen und lediglich 30 für Neubau.

Entlang der Straße, die Edingen, Erzingen und Schömberg zerschneidet, haben die Häuser Risse, die Anlieger klagen über Straßenlärm und Abgase. Wie sich das anhört, davon konnten sich die Abgeordneten im Wohnzimmer von Anneliese Schotten überzeugen. Innen habe sie das Haus, das ihr Elternhaus ist, kürzlich renoviert, sagt sie. Sie wolle mit ihrer Familie dort bleiben. Aber außen renoviere sie gar nichts mehr, die Schallschutzfenster im Wohnzimmer öffne sie nie. Zum Lüften mache sie Fenster und Tür zum Garten auf. Zur B 27-Umfahrung meint sie nur: "Ich mach ein Riesenfest, wenn das gelingt, und ich lad' Sie dazu ein, Herr Bareiß."

Als "unbefriedigende und unerledigte Situation" bewertet auch der Schömberger Bürgermeister Karl-Josef Sprenger die B 27-Ortsdurchfahrt. Angesichts der schlechten Verkehrsanbindung gebe es kaum Gewerbeansiedlung, und angesichts der schlechten Luftwerte könne man kaum auf Tourismusförderung hoffen.

Als Naturschutz und Biotop als Kriterium für die Einstufung einer Straßenbaumaßnahme genannt werden, sagt eine geplagte Anliegerin, die an der Ortsdurchfahrt wohnt: "Menschenschutz ist auch Naturschutz." Dazu Donth und Bareiß: Man sei auf dem richtigen Weg und habe die Anliegen in Berlin auch gut deutlich gemacht.